

# Kurzinformationen

Der bisherige Pro-Nuntius in Kanada, Erzbischof Guido Del Mestri, wurde am 13. August von Papst Paul VI. als Nachfolger von Erzbischof Corrado Bafile zum „Apostolischen Nuntius bei der Bundesrepublik Deutschland“ ernannt. Der neue Nuntius, 1911 im damals noch habsburgischen Banjaluka als Sohn eines italienischen Adligen und einer österreichischen Gräfin geboren, ist seit 1940 im päpstlichen diplomatischen Dienst. Er war bereits von 1953 bis 1959 als Nuntiaterrat bei der Apostolischen Nuntiatur in Bonn tätig. Seitdem hat er verschiedene Posten in Afrika und Amerika bekleidet. Seine Ernennung führte in der Bundesrepublik zu einer öffentlichen Kontroverse, weil in der vatikanischen Verlautbarung die Formulierung „Nuntius in Deutschland“ vermieden worden war. Bafile fand sich im Päpstlichen Jahrbuch noch unter dieser Bezeichnung, sein vatikanisches Ernennungsschreiben hatte denselben Wortlaut. Dagegen war er im — allein völkerrechtlich relevanten — Beglaubigungsschreiben bereits als Nuntius in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet worden. Dementsprechend erklärte Prälat Josef Homeyer, der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, daß sich nach den der Bischofskonferenz vorliegenden Informationen am Aufgabenbereich und der Zuständigkeit des Nuntius nichts ändere. Der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Kultusminister Bernhard Vogel, fragte die Bundesregierung, ob sie der Titeländerung zugestimmt habe und ob die Änderung des Titels Konsequenzen für andere Regelungen des Konkordats habe (vgl. FAZ 14. 8. 75). Im übrigen begrüßte Vogel die rasche Neubesetzung der Bonner Nuntiatur. Dagegen sprach der CSU-Abgeordnete Wittmann davon, daß der Vatikan durch den Verzicht auf die frühere Amtsbezeichnung „seine verhängnisvolle Politik des Wohlverhaltens gegenüber dem sowjetkommunistischen Standpunkt und der Anpassung an die Linie des Ostblocks“ fortsetze. Wesentlich differenzierter äußerte sich der CDU-Abgeordnete Mertes, der davor warnte, die politischen Folgen der Deutschland-Politik der Regierung Brandt/Scheel, vor allem des Grundvertrages, dem Vatikan anzulasten. CDU-Sprecher Weiskirch begrüßte die rasche Ernennung des neuen Nuntius und erklärte, die CDU gehe davon aus, „daß alles so bleibt, wie es bisher ist“ (KNA 14. 8. 75). Daß der Vatikan einen seiner dienstältesten Diplomaten, mit mehrjähriger Ost-Erfahrung (Belgrad und Bukarest), nach Bonn schickt, spricht jedenfalls für sich.

**Erzbischof Agostino Casaroli repräsentierte den Vatikan auf der KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki.** Vor dem die Arbeiten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa abschließenden Gipfeltreffen von 35 Regierungschefs Europas und Nordamerikas war spekuliert worden, ob der Papst durch Kardinalstaatssekretär Jean Villot oder „nur“ durch seinen „Außenminister“ Casaroli vertreten sein würde. Durch die Ernennung Casarolis zum Sonderdelegierten (*delegato speciale*) wurde schließlich sowohl der Eindruck einer Über- wie einer Unterbewertung des KSZE-Gipfels und seiner Ergebnisse durch den Vatikan vermieden. Wenige Tage vor Beginn der Konferenz bezeichnete sie der Papst in seiner traditionellen sonntäglichen Ansprache zum Angelus als „bedeutsames internationales Ereignis“, durch das die Prinzipien von „Frieden, Eintracht und Brüderlichkeit zwischen den Nationen eine feierliche Be-

kräftigung erfahren werden“ (vgl. *Osservatore Romano* 28./29. 7. 75). Auch Radio Vatikan sprach von Helsinki als einem „wirklichen Schritt zu Entspannung und Zusammenarbeit“ (NCNS 30. 7. 75). Allerdings konzedierte der Kommentar, daß es begründete Zweifel an den Ergebnissen gebe, weil zwar der Inhalt der Dokumente unmißverständlich, ihre Effektivität aber angesichts des historischen, politischen und sozialen Kontextes zweifelhaft sei. Vor allen Dingen wertete der Vatikansender die Tatsache positiv, daß in den Schlußdokumenten an zwei Stellen die Religionsfreiheit unter den Prinzipien des internationalen Rechtes erwähnt wird, was die Vertreter des Hl. Stuhls schon bei der KSZE-Vorkonferenz 1973 in Genf gefordert hatten. In Helsinki verlas Erzbischof Casaroli — der einer Sitzung präsiidierte und am Rande der Konferenz u. a. mit Bundesaußenminister Genscher und SED-Chef Honecker zusammentraf — ein Schreiben des Papstes an die Konferenz. Darin erinnerte Paul VI. an das gemeinsame Erbe, das Europa in der Botschaft des Christentums hat, der die Werte der Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen, der Würde des Denkens auf der Suche nach Wahrheit und der individuellen und sozialen Gerechtigkeit entstammen. Der Papst begrüßte die Anstrengungen der Staaten, zu geregelten und friedlichen Beziehungen zu kommen, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß auch im innerstaatlichen Bereich Fortschritte erzielt werden. Millionen von Menschen würden darauf warten, freier und humaner leben zu können (vgl. den Wortlaut in *Osservatore Romano* 3. 8. 75). Casaroli betonte in seiner Rede, daß die Teilnahme des Hl. Stuhls an der KSZE nicht nur die Präsenz eines Kleinstaates sei, sondern einer Macht „besonderer Art“, die weder politisch noch auf Europa beschränkt sei. Trotzdem wolle der Hl. Stuhl in den ihm gemäßen Formen unmittelbar an den Bemühungen der Regierenden um den Frieden teilnehmen. Ausdrücklich bekräftigte Casaroli, daß die KSZE nach Auffassung des Vatikans nicht die Festschreibung des Status quo in Europa auch in den Fällen bedeuten dürfe, „wo Gründe der Gerechtigkeit oder legitime Erwartungen der Völker erfordern, daß er revidiert wird oder daß wenigstens die Möglichkeit friedlicher Entwicklungen in der Zukunft offen bleibt“. Es sei der Sinn der Teilnahme des Vatikans an internationalen Friedensbemühungen, auf eine Politik des Friedens hinzuwirken, die auf der Realisierung der Gerechtigkeit beruhe (vgl. den Wortlaut in *Osservatore Romano* 4./5. 8. 75). Casarolis Aufruf zu einer Schweigeminute dokumentierte eindrucksvoll, daß der Vatikan diejenigen nicht vergessen hat, die auf der KSZE nicht zu Wort kommen konnten.

**Die Ernennung von Anagiros Printesis zum apostolischen Exarchen für die unierten Katholiken des griechisch-byzantinischen Ritus in Griechenland durch Papst Paul VI. am 28. Juli hat zu einem Kirchenstreit zwischen Rom und Athen geführt.** Noch am selben Tag hat der orthodoxe Metropolit von Athen und Primas von Griechenland, *Seraphim*, gegen die Ernennung protestiert. In einem am 29. Juli veröffentlichten Kommuniqué brachte *Seraphim* „tiefe Bitternis und Bedauern“ zum Ausdruck und erklärte den Bruch der Beziehungen zwischen der griechisch-orthodoxen Kirche und dem Vatikan. Er werde keinen Exponenten der katholischen Kirche mehr empfangen, solange der Vatikan „an der Verewigung eines ekklesia-

stischen Skandals innerhalb der griechisch-orthodoxen Kirche festhält“ (NZZ, 30. 7. 75). Nach dem Tode des Vorgängers von Printesis, des Titularbischofs von Gratianopolis, *Hyakinthos Gad*, hatten sowohl die orthodoxe Kirche wie das griechische Außenministerium wiederholt beim Vatikan dahingehend interveniert, daß die vakante Stelle nicht neu besetzt werden sollte. Auch der römisch-katholische Erzbischof von Athen, *Nicolas Foscolos*, hatte im Interesse eines harmonischen Verhältnisses zur Orthodoxie diese Bestrebungen diskret unterstützt (vgl. *Le Monde*, 30. 7. 75). Nachdem es nicht zu der von den Griechen offenbar lancierten Kompromißlösung, die Stelle des Exarchen nicht mehr voll zu besetzen, sondern nur durch einen Vikar verwalten zu lassen, gekommen war, fühlte sich Seraphim durch die offenbar zu wenig diplomatisch vorbereitete römische Entscheidung brüskiert. Zu einer ähnlichen Verstimmung war es bereits im Jahr 1958 bei der Ernennung von Bischof *Hyakinthos* gekommen. Das traditionelle Mißtrauen der orthodoxen Hierarchie gegen die Unierten ist in Griechenland besonders stark, seit nach dem Ende des ersten griechischen Freiheitskampfes im letzten Jahrhundert durch Dekret des türkischen Sultans die mit Rom verbundenen Christen insofern einen Sonderstatus erhielten, als sie zivilrechtlich nicht mehr der Autorität der orthodoxen Bischöfe und des Patriarchen von Konstantinopel unterstehen sollten. Die sehr kleine griechisch-unierte Kirche ist verhältnismäßig gut situiert und besitzt landwirtschaftliche Betriebe, verschiedene soziale Einrichtungen und ein modernes Krankenhaus. Bis heute wird sie aber (anders als die römisch-katholische Kirche) weder vom Staat noch von der orthodoxen Hierarchie anerkannt. Die griechisch-katholische Minderheit ist auch ein Grund bzw. Vorwand dafür, daß diplomatische Beziehungen zwischen Griechenland und dem Vatikan bisher nicht zustande kamen.

**Die Meldungen über das Schicksal der katholischen Kirche Moçambiques nach der am 25. Juni erfolgten Unabhängigkeit bleiben widersprüchlich.** Rückkehr der Weißen Väter und Verstaatlichung aller privaten Schulen und Krankenhäuser „einschließlich der Missionsstätten der Kirchen“ (Reuter, 26. 7. 75) — diese beiden Meldungen markieren die Breite der Fakten. Aus Anlaß der Unabhängigkeit Moçambiques nahm der Erzbischof der Hauptstadt Lourenco Marques, *Alexandre José dos Santos*, in einem Interview mit KNA (26. 6. 75) Stellung zur Rolle der Kirche im Lande. Dabei ging er besonders auf den Vorwurf von Staatspräsident *Samora Machel* ein, die Kirche in Moçambique habe die portugiesische Kolonialpolitik unterstützt. Santos, der erst seit kurzem im Amt ist (alle Bischofssitze wurden vor der Unabhängigkeit mit Einheimischen besetzt), erklärte dazu wörtlich: „In der Vergangenheit war die Kirche in der Tat zu sehr mit der Kolonialregierung verbunden. Darum wird sie auch angeklagt, mitverantwortlich zu sein für alle Fehler, die die Kolonialregierung begangen hat.“ Die Kirche werde bezichtigt, versucht zu haben, die einheimische Bevölkerung zu Portugiesen statt zu Christen zu machen. Dies stehe zweifellos nicht im Einklang mit den Grundsätzen christlicher Verkündigung. Nach Aussagen des Erzbischofs besteht zwischen den neuen Führern des Landes und der Kirche „ein gutes Einvernehmen“. Deshalb sprach er die Hoffnung aus, „daß die neue Regierung die juristische Persönlichkeit der Kirche anerkennen wird“. Die katholische Kirche in Moçambique wolle ihren Platz im Staate einnehmen, ohne jedoch Privilegien auf Kosten andersgläubiger Mitbürger anzustreben. Die Kirche sei bereit, für die geistige und materielle Entwicklung des Landes voll mit der

neuen Regierung zusammenzuarbeiten. Über diese Frage würden in Kürze Gespräche mit der Regierung geführt, wobei auch das Problem zur Sprache kommen werde, „wie wir Mitarbeiter aus dem Ausland erhalten können“. Die Dringlichkeit dieses Anliegens wird durch einige Zahlenangaben von „Fides“ (2. 7. 75) verdeutlicht. Demnach sind von den etwas mehr als 8 Millionen Einwohnern rund 1,6 Millionen Katholiken, 1,123 Millionen Mohammedaner und 350 000 Protestanten, während der Rest traditionellen afrikanischen Religionen zuzurechnen ist. In den 9 Diözesen arbeiten 583 Priester (davon nur 35 Afrikaner), 215 Brüder (35 Afrikaner) und 1323 Schwestern (195 Afrikanerinnen). Die ausländischen Missionare, von denen rund zwei Drittel Portugiesen sind, gehören 17 männlichen und 38 weiblichen Ordenskongregationen an. An den zwei großen Seminarien studieren derzeit 40 Seminaristen, 88 Philosophie- und Theologiestudenten sind an den Studienhäusern der Ordenskongregationen. Bei allen Überlegungen bleibt der Vorbehalt, inwieweit Samora Machel der Kirche einen Freiheitsraum einräumt. Neben seinen Anklagen gegen die katholische Kirche fand er im vorigen Jahr auch lobende Worte über das Verhalten der Weißen Väter und einzelner Priester und Bischöfe. Kurz vor dem 25. Juni jedoch erklärte er, daß „der Leib wesentlicher als der Geist“ sei, weil dieser „ohne den Leib nicht existieren“ könne. Deswegen würden Kirchen in Krankenhäuser umgewandelt. So sprach denn der Präsident des Christenrates von Moçambique, *Casimiro Pedro Matié*, bei einem Besuch in Kenia (BIP, 4. 8. 75) davon, die Kirchen des Landes lebten „in Ungewißheit“.

**Die Religionsgemeinschaften Indonesiens befürchten eine totale Kontrolle ihrer Arbeit durch die Regierung.** Anlaß für diese Befürchtungen bietet der Vorschlag der Regierung in Djakarta, zur Förderung und Erhaltung des Religionsfriedens in Indonesien einen „Interreligiösen Rat für Zusammenarbeit“ zu gründen (vgl. epd, 14. 7. 75). Getragen werden soll nach dem Wunsch der Regierung dieses Gremium vom „Indonesischen Kirchenrat“, vom „Indonesischen Katholikenrat“, vom „Sekretariat für Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften“ (einer Organisation der regierenden Golkar für die geistigen Gruppierungen der Hindus, Buddhisten und Synkretisten) und von der sich im Gründungsstadium befindlichen moslemischen Einheitsorganisation „Majlis Ulama“. Mittlerweile hat auf Betreiben der Regierung bereits ein Vorbereitungsseminar mit Vertretern aller Religionsgemeinschaften des Landes stattgefunden. Dabei wurde beschlossen, zunächst von einem Fachausschuß die ethischen Grundsätze eines solchen „Interreligiösen Rates für Zusammenarbeit“ ausarbeiten zu lassen. Nach Vorstellungen der Regierung soll sich der Rat nach seiner Konstituierung „den Herausforderungen der Zeit stellen und aktiv am Aufbau der indonesischen Nation und an der Fortentwicklung der indonesischen Gesellschaft mitwirken“. Darüber hinaus soll er sich der Entwicklung eines harmonischen Zusammenlebens zwischen den Anhängern der unterschiedlichsten Religionsgemeinschaften widmen und „die wichtige Rolle eines Partners der Regierung bei der nationalen Entwicklung ausüben“. Außerdem soll sich nach dem Willen der Regierung das Gremium mit den Problemen befassen, die von Kommunismus, Atheismus und Säkularismus aufgeworfen werden sowie von der Bedrohung der Menschheit durch Armut, Hunger und Krankheiten. Störungen des religiösen Friedens sollen von dem neuen Gremium untersucht, geschlichtet und beseitigt und der interreligiöse Dialog aktiv gefördert werden. Erste Bedenken gegen die Pläne der

Regierung meldete der „Indonesische Rat für Islamische Mission“ an. Vor allem die von ihr gewünschte Bildung einer moslemischen Einheitsorganisation sei „eher als politisches Manöver zu bezeichnen, als daß man von einem fortschrittlichen religiösen Entwicklungsprogramm sprechen“ könne. In dem in Djakarta erscheinenden „Islamic News Report“ hieß es, die Bildung des „Majlis Ulama“ müsse als Meisterleistung der Golkar bezeichnet werden. Auf diese Weise hoffe die Regierungspartei die totale Kontrolle der islamischen Organisation in die Hände zu bekommen. Nicht anders werde es den anderen Religionsgemeinschaften gehen. Diese sind in ihren Kommentaren bisher zwar noch zurückhaltend, doch ist nicht zu übersehen, daß sie dem ganzen Unternehmen skeptisch gegenüberstehen, weil sie sich ideologisch gegängelt fühlen und Eingriffe in rein kirchliche Angelegenheiten befürchten.

Durch die unerwartete Ausweisung von Missionaren aus Uganda verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche in diesem ostafrikanischen Land, nachdem erst Anfang Juni der Staatspräsident, General *Idi Amin*, anlässlich der Übergabe des Nationalen Reliquienschreins (zum Gedenken an die rund 100 katholischen und anglikanischen Christen, die zwischen 1885 und 1887 Opfer einer Verfolgung durch König Mwanga I. wurden) in Gegenwart hoher kirchlicher Repräsentanten die Verdienste der Kirche gewürdigt hatte (vgl. NCNS, 6. 6. 75). Ohne Angabe von Gründen und ohne Unterrichtung der zuständigen Bischöfe erhielten 16 italienische Cambonianerpatres („Verona-Missionare“) plötzlich die Aufforderung, das Land unverzüglich zu verlassen. Bisher fehlt auch jeder Hinweis, warum gerade diese 10 Patres und 6 Brüder aus den insgesamt 280 Cambonianer-Patres und -Brüdern sowie 250 -Schwestern herausgegriffen wurden. Zwölf der Ausgewiesenen arbeiteten in der Diözese Gulu, drei Patres in Arua und ein Bruder in Lira. Ein betroffenen Pater hatte 42 Jahre, ein Bruder 38 Jahre lang in Uganda gearbeitet (Fides, 9. 7. 75). Die Aufenthaltsgenehmigungen fast aller waren erst vor wenigen Monaten erneuert worden. Zum Zeitpunkt der Ausweisung befanden sich nur 12 von den 16 in Uganda, die vier übrigen waren bereits zuvor als Teilnehmer an dem in Rom tagenden Generalkapitel ihrer Missionsgesellschaft oder als Heimat-Urlauber nach Italien gekommen. Die Situation verschärfte sich dadurch, daß sich der Pro-Nuntius in Uganda, Erzbischof *Luigi Bellotti*, und der für die Mehrzahl der Ausgewiesenen zuständige Ortsbischof der Diözese Gulu, *Cipriano Kihangire*, ebenfalls außer Landes befanden. Die betroffenen Missionare hatten nach ihrer Ankunft in Rom eine Unterredung mit dem Pro-Nuntius. Bischof Kihangire begab sich sofort nach Bekanntwerden der Maßnahme nach Uganda. Er brach seinen Heilig-Jahr-Pilgeraufenthalt in Rom ab, um bei *Idi Amin* gegen die von ihm verfügte Ausweisung zu intervenieren. Er hatte weder eine Mitteilung über noch eine Begründung für diesen Schritt des Staatsherrn erhalten. Bisher wurde ihm auch jedes Treffen mit *Amin* abgeschlagen. Durch eine Rundfunksendung von Radio Uganda vom 6. Juli erhielt man die ersten Hinweise auf die „offizielle Begründung“ für die Ausweisung (vgl. KNA, 8. 7. 75). In der Sendung erklärte ein Sprecher des Innenministeriums in Kampala, der Staatsherr wolle weitere Missionare des Landes verweisen. Es gebe noch mehr ausländisches Missionspersonal, das Schmuggel betreibe und subversive Nachrichten über die Lage in Uganda verbreite. Die 16 ausgewiesenen Patres und Brüder seien „für ihre Aufgabe nicht qualifiziert“ gewesen. Als Begründung für die Weigerung, Bischof

Kihangire zu der erbetenen Unterredung zu empfangen, hieß es, daß „Staatsgeschäfte Bischöfe nichts angehen“. Von kirchlicher Seite dagegen bringt man die Aktion aber in Zusammenhang mit der Affäre um den wegen „Beleidigung des Staatsherrn“ zunächst zum Tode verurteilten, dann aber begnadigten britischen Dozenten *Dennis Hills*. Im Verlaufe dieser Kampagne waren mehrfach andere britische Staatsangehörige, zum meist Missionare und Entwicklungshelfer, der „Spionagetätigkeit“ beschuldigt worden. Allerdings waren bisher Ausländer anderer Nationalitäten verschont geblieben. Der General des deutschen Zweiges der Cambonianerpatres, *Georg Klose*, erklärte nach seiner Rückkehr vom Generalkapitel seines Ordens (vgl. KNA, 22. 7. 75), offenbar gehe es um einen gezielten Schlag gegen die Diözese Gulu und einige ihrer Spitzenleute wie den Generalvikar, den Leiter des Ausbildungszentrums für Katecheten und um einige Missionare, die führend in der Jugendarbeit tätig waren. Die Ordensleitung glaubt, daß es sich lediglich um eine Einzelmaßnahme handelt, deren Ursachen noch aufzuklären und möglicherweise zu bereinigen seien. Die in Kenia erscheinende protestantische Zeitschrift „Target“ verweist darauf, daß die feindlichen Akte gegen die Katholiken gerade zu einem Zeitpunkt erfolgen, da die katholische Kirche erstmals seit zwei Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung zu verzeichnen hat (DIA, 30. 7. 75). Laut DIA hat Radio Uganda im übrigen Anfang August erneut von Ausweisungsdrohungen *Amins* berichtet. Demnach werde die Regierung „ein Auge auf die noch rund 500 ausländischen Missionare werfen“. Dies gelte auch für einheimische Christen, die „mit „Ausländern und Feinden Ugandas kollaborieren“. Daraus wurde bereits vielfach der Schluß gezogen, daß die antichristlichen Maßnahmen des Moslem *Amin* auf eine Schwächung der Kirchen abzielen, die parallel mit einer Förderung der islamischen Minderheit in Uganda einhergeht.

Eine auffallende Zunahme von offenen Konflikten zwischen Vertretern der christlichen Kirchen und Militärregierungen verschiedener Länder sind in Lateinamerika zu verzeichnen. Dies wird sowohl durch Informationen über den Weltrat der Kirchen in Genf wie durch Informationen von katholischen Stellen in den USA und in Lateinamerika selbst bestätigt. Die Häufung von Repressionsmaßnahmen gegen kirchlich und sozial engagierte Persönlichkeiten — Verhaftungen, Verhöre, Ausweisungen und von Fall zu Fall auch Folter und Morde sind auf der Tagesordnung — sind zugleich als ein Hinweis darauf zu verstehen, daß die Menschenrechtsverletzungen in lateinamerikanischen Staaten, speziell in solchen, die von Militärs regiert sind und wo Interessenvertreter, vor allem des Großgrundbesitzes, mit den Regierungen gegen die Forderungen nach Sozial- und Landreformen seitens der Bauern- und Arbeiterverbände zusammenarbeiten, in besorgniserregender Weise zunehmen. In diese Vorgänge wurde durch Berichte über Bestechungen und Bestechungsversuche einzelner Geistlicher und durch konspiratives Zusammenwirken mit Regierungsvertretern gegen kirchliche Persönlichkeiten auch der US-Geheimdienst CIA wiederholt hineinverwickelt. Nach Brasilien, Uruguay, Paraguay, Nicaragua, teilweise auch Argentinien und Panama machen in den letzten Monaten vor allem Bolivien und Honduras von sich reden. — Aus Bolivien wurde im Juni ein Dokument bekannt, das Regierungs- bzw. Polizeirichtlinien enthält, wie gegen Vertreter der Kirche in der innenpolitischen Auseinandersetzung des Landes vorzugehen sei. Ziel der Behörden wäre es demnach, durch Verdächtigungen und Verhaftungen

Zwiespalt in die Kirche selbst zu tragen. In dem Dokument wurde insbesondere der Erzbischof von La Paz, *Jorge Manrique*, als besonders gefährlich dargestellt und als Angriffsziel empfohlen. Die Bischöfe haben zwar das betreffende Dokument, das auch in verschiedenen europäischen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht wurde, als „nicht ernstzunehmend“ und als „nicht authentisch“ bezeichnet, doch räumten sie ein, daß insbesondere seitens der regierungsnahen Presse seit längerer Zeit eine Diffamierungskampagne gegen einzelne Bischöfe, Seelsorger und katholische Laien geführt werde. Nachdem erst Anfang Mai zwei ausländische Priester, beide Mitglieder der bolivianischen Kommission *Justitia et Pax* durch die Regierung Banzer des Landes verwiesen worden waren, wurden Ende Juli wieder drei spanische Ordensschwwestern ausgewiesen. Ein Appell der Bischöfe an Staatschef *Hugo Banzer* aus Anlaß der 150-Jahrfeier der Unabhängigkeit des Landes blieb ohne Echo. — In *Honduras* wurden anläßlich eines Protestmarsches von 12 000 Landarbeitern zwei katholische Geistliche nordamerikanischer Herkunft und mit ihnen zwei bolivianische Studentinnen und neun Landarbeiter offensichtlich unter aktiver Mithilfe der Organisation der Grundbesitzer ermordet. Die Leichen wiesen Spuren von Folterungen auf. Anfang August erklärte der aus

den USA stammende Bischof der Freien Prälatur *Olando, Nicolas D'Antonio*, auf ihn und auf einen der ermordeten Priester hätte eine Gruppe von Grundbesitzern ein Kopfgeld ausgesetzt. — In *Chile* bleiben neben Kardinal *Silva Henríquez* von Santiago auch mehrere Bischöfe, Ordensangehörige und Priester unter Beschuß von Militärs und noch mehr der sie stützenden Bevölkerungskreise. Daß die Spannungen auch dort weiter zunehmen, bestätigt ein Hinweis des Weihbischofs von Santiago, *Enrique Alvear*, anläßlich eines Gebetsgottesdienstes zur Aufklärung des Todes von 119 „Linksextremisten“, die nach Darstellung der Militärbehörden teils durch Schießereien untereinander, teils in einem Gefecht mit der argentinischen Polizei umgekommen sein sollten. „Trotz aller Warnungen“, so meinte der Weihbischof, „können wir Christen uns hier versammeln und um den Frieden beten.“ Obwohl sich bald herausstellte, daß die 119 toten „Extremisten“ vermutlich in chilenischen Gefängnissen umgekommen sind, da ihre Verhaftung bekannt war und von einer Freilassung oder Ausweisung nie etwas mitgeteilt wurde, ist die Forderung des Friedenskomitees der Kirchen wie des ehemaligen christlichdemokratischen Präsidenten *Eduardo Frei*, die Vorgänge gerichtlich aufzuklären, vom Obersten Gerichtshof abgelehnt worden.

## Bücher

BERNHARD WELTE, *Zeit und Geheimnis*. Philosophische Abhandlungen zur Sache Gottes in der Zeit der Welt. Herder 1975. 325 S., Lw. 58.— DM.

Mit diesem Band legt der inzwischen emeritierte Freiburger Religionsphilosoph und Fundamentaltheologe eine zweite Sammlung von Aufsätzen vor. Sein erster, vor genau zehn Jahren erschienener Sammelband „Auf der Spur des Ewigen“ gehört inzwischen zu den theologischen Standardwerken. Auch das neue Buch, das Arbeiten aus den Jahren von 1966 bis 1974 sammelt, bringt bemerkenswerte Beiträge zur fundamentaltheologischen Diskussion. Schon der Titel macht deutlich, daß Zeit und Geschichte eindeutig in den Vordergrund von Weltes Interesse getreten sind, und zwar die Zeit sowohl im allgemeinen Sinn und ihrer philosophisch-theologischen Bedeutung wie auch besonders „diese unsere Zeit und ihre Fragehorizonte“ (7). In einer „Meditation über Zeit“ wird ein Verständnis von Zeit skizziert, für das „Zukunft die für unser Erleben aktuellste und in diesem Sinne primärste Dimension der Zeit“ und Vergangenheit „die mächtigste“ ist (21), das aber seine Mitte im Jetzt, im „wesentlichen“ Augenblick hat. Der Erfahrung der Vergänglichkeit und des Abschieds wird als „Vorschlag des Glaubens“ die Hoffnung auf eine Zukunft gegenübergestellt, in der das Ende zu lebendiger Vollendung wird (26). Diesem Zeitverständnis korrespondiert ein Menschenbild, für das Unvergleichlichkeit und Einzigartigkeit der menschlichen Person Werte sind, die es gegen alle Funktionalisierung und Kollektivierung zu bewahren gilt. Freiheit und Begegnung sind Schlüsselworte die-

ser auf eine hochreflektierte Art personalistischen Anthropologie. In „Gedanken zur Analyse und Kritik der gegenwärtigen Zeit“ wird dem Problem eines neuen Humanismus, dem Verhältnis von Wissen und Glauben und der Frage des Kultes nachgegangen. Mehrere Aufsätze versuchen, in Auseinandersetzung mit dem neuzeitlichen Atheismus Zugänge zum Glauben an Gott zu erschließen. Welte setzt dabei so an, daß er den Glauben an Gott als eine mögliche, der freien Entscheidung sich anbietende Antwort auf die gerade durch den Atheismus artikulierten Probleme sieht. Die Geheimnistätigkeit der Wirklichkeit erzwingt nicht die Stellungnahme des Nihilismus, sondern eröffne auch die Möglichkeit eines letzten Vertrauens. Menschliche Entfremdung sei nicht Folge des Glaubens, vielmehr decke er gerade die bestehende Entfremdung auf und gewähre neuen Mut zur Bejahung der Schöpfung (148). Einige besonders eindrucksvolle Aufsätze beschäftigen sich mit den Denkern, die Welte die „Väter seines Gedankens“ nennt: Thomas von Aquin, Hegel, die Tübinger und Martin Heidegger. Ein abschließender Beitrag über die „Krisis der dogmatischen Christusaussagen“ beschreibt die Entwicklung des christologischen Dogmas als „epochalen“ Umschlag gegenüber der biblischen Überlieferung, insofern in ihr anstelle des biblischen Seinsverständnisses (Sein als Ereignis) das metaphysische (Sein als Gegenstand) zum Tragen gekommen sei. Angesichts des Endes der metaphysischen Epoche müsse heute von Theologie und Verkündigung eine Neuinterpretation der metaphysischen Christologie geleistet werden, die die Dogmengeschichte „verwindet“ und bewahrt zugleich (316).